



Harte Zeiten für Eon

Ein Kabel zwischen Deutschland und Norwegen macht Kohlekraftwerke überflüssig. **SEITE 14**

Wirtschaft

„Es muss, es soll sich einiges ändern bei deutschen Banken.“

Der Chef des Bankenverbandes, Manfred Weber, übt Selbstkritik. **SEITE 12**



Wissenschaft Gebackenes Aluminium

Im Ofen aufgeschäumte Metalle sind leicht und trotzdem stabil. **SEITE 16**

MEINUNGEN

Europas Arbeitskräfte brauchen volle Mobilität

FREIZÜGIGKEIT Berlin wehrt sich immer noch gegen Zuwanderung aus dem Osten der EU

Von Klaus F. Zimmermann

Auch fünf Jahre nach der EU-Osterweiterung beschränken die Regierungen in Berlin und Wien weiterhin den Zugang für Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern des Jahres 2004 (Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien und die Slowakei) bis 2011. Damit stehen beide Länder isoliert da, denn die anderen europäischen Staaten haben längst den gemeinsamen Arbeitsmarkt realisiert. Die Bilanz der vergangenen Jahre zeigt aber, dass Staaten, die frühzeitig ihre Arbeitsmärkte für osteuropäische Zuwanderer geöffnet haben, davon profitieren. Die Öffnung hat weder eine Massenmigration an Sozialhilfeempfängern noch an unqualifizierten Arbeitnehmern verursacht. Auch Verweise auf einen Brain-Drain für die Herkunftsländer von osteuropäischen Arbeitsmigranten entbehren jeglicher Grundlage.



Die Krise bietet der Regierung die Chance zu einer Korrektur in der Migrationspolitik.

So droht die nochmalige Beschränkung der Freizügigkeit zum wirtschaftspolitischen Eigentor zu werden. Deutschland hat geradezu mutwillig darauf verzichtet, sich als Zuwanderungszielland zu etablieren. Weder erzielt die deutsche Wirtschaft Vorteile aus der Beschäftigung osteuropäischer Fachkräfte, noch ist anzunehmen, dass 2011 ein besonderes Interesse qualifizierter Zuwanderer an einer Migration in die Bundesrepublik bestehen wird. Dabei nützt es wenig, dass die Regierung unterdessen eher „ge-

räuschlos“ Regelungen zur unbürokratischen Arbeitsgenehmigung für hochqualifizierte Zuwanderer auch aus den neuen EU-Staaten getroffen hat. Dazu sind die lautstark nach außen gesendeten Signale geschlossener Tore zu stark.

So gelingt es denn auch nicht, die Einreise von Geringqualifizierten in die Bundesrepublik durch andere Zuwanderungskanäle einzudämmen. Das bestätigen aktuelle Untersuchungen, wonach das Qualifikationsniveau osteuropäischer Zuwanderer in Deutschland in den letzten Jahren abgenommen hat.

In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist diese Politik besonders kurzfristig, denn Arbeitskräftemobilität ist ein wichtiges Instrument zur Krisenbewältigung sowohl in den Herkunftsländern als auch den Zielländern von Arbeitsmigranten.

Die Wirtschaftskrise bietet der Bundesregierung die Chance zur Kurskorrektur ihrer Migrationspolitik. In der Folge steigender Arbeitslosigkeit setzen bereits erste Rück- und Weiterwanderungen osteuropäischer Fachkräfte etwa aus Irland und Großbritannien ein. Bei offenen Grenzen hätten deutsche Unternehmen daher neue Optionen zur Gewinnung der gesuchten Experten. Und der Zuwanderungsstandort Deutschland wäre besser aufgestellt.

Klaus F. Zimmermann ist Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn.

Hauruck vor Toresschluss

PFLEGE Gesundheitsministerin Ulla Schmidt will veränderte Standards im Eilverfahren formulieren

Von Benedikt Fuest

Im Gesundheitsministerium schien bereits der Vorwahlschlaf eingekehrt, alle großen Themen waren abgearbeitet. Doch ein Gutachten zur Betreuung Pflegebedürftiger ließ Gesundheitsministerin Ulla Schmidt nun noch einmal zu Höchstform auflaufen: Die Experten ihres Pflegebeirats schlagen vor, Pflegestandards nicht mehr nach Zeitbedarf, sondern nach den verbleibenden Fähigkeiten des Patienten zu bemessen.

Der Vorschlag macht deutlich, woran die Pflege hierzulande krankt: Aktuell misst sich der Pflegestandard eines Menschen in Minuten. Es gilt, möglichst viel Hilfe in möglichst wenig Zeit zu packen. Waschen, füttern, anziehen, weiter zum Nächsten. Individuelles Eingehen auf Bedürfnisse ist so unmöglich. Die Experten wollen das korrigieren, indem künftig auch der Grad der Selbstständigkeit bei der Ermittlung des Bedarfsgrades berücksichtigt wird.

Die Umorientierung würde 3,5 Milliarden Euro kosten, schätzt die Gesundheitsministerin und will die Re-

form trotz gebeuteltem Staatshaushalt noch in dieser Legislaturperiode auf den Weg bringen. Nur die Verabschiedung durchs Parlament muss bis nach der Wahl warten. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Denn die Neuformulierung der Pflegestandards steht bereits seit 2005 im Koalitionsvertrag. Doch die Pflegereform von 2008 verkam zum Reformkahn. Nun soll eine Eilgesetzgebung kurz vor Toresschluss im Hauruck-Verfahren alles richten.

Welchen Stellenwert die Pflege alter Menschen für die Politik hat, wird bei Betrachtung des neuen Pflege-TiV deutlich: Experten sollen Pflegeheim nach objektiven Maßstäben bewerten und die Ergebnisse veröffentlichen. Die Maßstäbe sind jedoch so schwach formuliert, dass auch schlechte Häuser eine gute Gesamtnote bekommen, von einer konsequenten Kontrolle der Pflegestandards kann nicht die Rede sein.

All das zeigt, wie gering die Koalitionäre die Pflege schätzen. Eine Reform kann im Vorwahlkampfetöse nur misslingen, sie sollte als Kernaufgabe in der nächsten Legislatur deutlich sorgfältiger angegangen werden.

ZAHLENWERK

33,3 Milliarden

Euro haben deutsche Hochschulen 2007 für Lehre, Forschung und Krankenbehandlungen ausgegeben, rund 3,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Mit 19,2 Milliarden Euro waren Personalaufwendungen der größte Posten. Der laufende Sachaufwand betrug 11,5 Milliarden, Investitionen schlugen mit 2,7 Milliarden zu Buche. *Quelle: Destatis*

Die Leidwährung

DOLLAR Länder wie China und Russland wollen das internationale Devisensystem neu aufstellen. Doch am amerikanischen Greenback führt kein Weg vorbei



Zerknittert: Der Dollar hat auch schon bessere Zeiten erlebt.

Von Stefan Deges

Noch schaut er entspannt, der ehrwürdige George Washington, dessen Konterfei die amerikanische Eindollarnote ziert. Doch die Gesichtszüge des ehemaligen Präsidenten können bald Falten werfen. Länder wie China, Russland und Brasilien haben es auf die einzige akzeptierte Weltwährung abgesehen. Sie wollen die Macht des Dollars brechen, den Greenback degradieren zu einer x-beliebigen Währung.

Der Sturm auf die internationale Leitwährung beginnt in der nächsten Woche: Vom 1. bis 3. Juni treffen sich in New York Vertreter aus 192 Ländern zum UN-Gipfel, um die Probleme der Weltwirtschaft zu diskutieren. Zu diesen Problemen gehört ohne Frage auch der Zustand des globalen Währungssystems. „Das derzeitige System, das auf dem Dollar basiert, hat fundamentale Mängel“, kritisiert Joseph Stiglitz, Wirtschafts-Nobelpreisträger und Leiter einer Expertenkommission, die im Auftrag der Vereinten Nationen eine Blaupause zur Reform der internationalen Finanzarchitektur entwickelt hat. „Der gesunde ökonomische Menschenverstand gebietet, dass das Wohlergehen der Welt nicht von einer einzigen Währung abhängt“, so Stiglitz.

Als Alternative zum Dollar schwebt China und Russen eine Kunstwährung vor, erstellt aus den maßgeblichen Währungen dieser Zeit. Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet bereits mit einem solchen Konstrukt, dem Sonderziehungsrecht. Es setzt sich aus Yen, Dollar, Euro und Pfund zusammen. „Der Vorschlag einer neuen globalen Reservewährung in Gestalt der Sonderziehungsrechte des IWF ist aus

BEGRENZTE HALTBARKEIT

Kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs vereinbarten die späteren Siegermächte im amerikanischen Bretton Woods eine Weltwährungsordnung, die den US-Dollar als internationale Leitwährung zementierte: Im **Bretton-Woods-System** erhielten die Währungen der 44 teilnehmenden Staaten einen festen Wechselkurs zum Dollar, der von den Notenbanken durch den Kauf oder Verkauf von Devisen stabil gehalten werden sollte. Zudem musste die US-Notenbank jeden Dollar mit Gold hinterlegen. Ein Dollar entsprach dabei 0,81 Gramm Feingold. Anfang der 1970er-Jahre war dieser Wert nicht mehr haltbar, weil die US-Schulden anstiegen. Offiziell endete das Bretton-Woods-System 1971. Faktisch aber etablierte sich ein System, das in Fachkreisen **Bretton Woods II** heißt: Länder wie China und andere Asiaten halten einen nahezu fixen Wechselkurs zum Dollar. Eigentlich müssten sie aufwerten, aber sie schwächen durch große Dollaraufkäufe gezielt die eigene Währung. **deg**

mehreren Gründen eine gute Idee“, sagt auch UN-Kommissionsleiter Joseph Stiglitz. So ließe sich der Dollarverfall für die Chinesen abfedern, weil die US-Währung als Element der Sonderziehungsrechte weiterhin Bestandteil der Währungsreserve bliebe. Zudem würde aber auch die Weltwirtschaft profitieren, weil China das Geld, das es bisher in US-Reserven parkt, für den Konsum verwenden könnte.

Die Idee stammt ursprünglich von John Maynard Keynes und wurde schon für die Nachkriegsordnung vor rund 65 Jahren diskutiert. Aber erst heute unternimmt die Welt einen ersten Schritt in diese Richtung: Die G-20-Länder erlaubten auf dem Londoner Finanzgipfel Anfang April dem IWF, Sonderziehungsrechte im Wert von 250 Milliarden Dollar an Mitgliedsstaaten zu verteilen. Das ist viel im Vergleich zu den 30 Milliarden, über die der IWF bisher verfügt. Gemessen jedoch an den weltweiten Währungsreserven von weit über vier Billionen Dollar ist es ein Tropfen auf den heißen Stein.

Nadja Piffaretti, Ökonomin bei der Weltbank, hat im vergangenen Winter die alten Überlegungen Keynes' noch einmal auf ihre heutige Anwendbarkeit hin abgeklopft. Ihr enttäuschendes Ergebnis: Die Ideen an sich sind schlüssig, doch ihre Einhaltung bedarf einer starken institutionellen Kontrolle. Die beteiligten Länder müssten also theoretisch Kompetenzen ihrer Zentralbanken an den IWF abtreten.

Das aber scheint für Piffaretti nahezu ausgeschlossen. Denn das Problem des aktuellen Währungssystems rührt ja gerade aus der Tatsache, dass Politiker großer Wirtschaftsnationen die internationalen Vereinbarungen ignorieren und mit Manipulationen am Wechselkurs die heimische Konjunktur beleben wollen. Eine künstliche Währungsreserve wie die Sonderziehungsrechte würden den Tatendrang der Politik kaum bremsen.

Theoretisch sind Wechselkurse derzeit flexibel, das heißt, sie werden stetig an den Märkten neu bestimmt. In der Praxis aber hat sich ein Währungssystem etabliert, das Fachleute Bretton Woods II nennen (siehe Kasten). Es gilt für viele als Mitverursacher der Finanzkrise, weil es für exorbitante Handelsungleichgewichte zwischen Asien und Amerika gesorgt hat. Die USA liehen sich in China Geld, um den eigenen Konsum zu beflügeln. China hielt im Gegenzug durch Dollaraufkäufe die eigene Währung niedrig und ermöglichte der Exportwirtschaft damit günstige Konditionen.

„Mit der Krise kam es zur Anpassung“, sagt Andreas Rees, Deutschland-Chefwirtschaftswirt bei Unicredit. „Chinas Exporte nach Amerika sanken, umgekehrt mussten sich die USA auch weniger Geld in China leihen.“ Doch Rees befürchtet, dass dieser Effekt bald nachlässt. „Mit den jüngsten Konjunktur-

stimuli wird der Rückgang des Leistungsbilanzdefizits wieder gebremst.“ Chinas Zentralbank kauft schon wieder vermehrt Dollar.

Was bleibt ihr auch anderes übrig? Das Land der Mitte muss verhindern, dass die US-Währung abstürzt. Denn zu dem Schatz an Devisenreserven, den Peking in den vergangenen Jahren aufgebaut hat, gehören angeblich rund 1,4 Billionen Dollar in amerikanischen Staatsanleihen. „Kein anderes Land hat ein geringeres Interesse, den Dollar einstützen zu sehen, als China“, meint Olivier Accominotti, Wirtschaftshistoriker von der kalifornischen Universität Berkeley.

China ist nicht das erste Land, das wegen seiner Devisenpolitik in die Falle getappt ist, wie Historiker Accominotti weiß. Zu Beginn der 1930er-Jahre hatte Frankreich große Mengen der damaligen Leitwährung Pfund angehäuft. „Als zwischen 1929 und 1931 die Sorgen wuchsen, das Pfund Sterling könnte an Wert verlieren, schichtete die Banque de France um vom Pfund zum Dollar“, erklärt der gebürtige Italiener. Um jedoch den Absturz des Pfundes zu vermeiden, musste die Grande Nation ausgerechnet die Währung, von der man sich trennen wollte, durch Zukäufe stützen. Das Vermögen der Notenbank war bald aufgezehrt.

Die Chinesen wollen diesen Fehler nicht wiederholen und verzichten daher bewusst auf kurzfristige Experimente an den Devisenmärkten. „China sendet bislang kaum Signale, dass es den Dollar schwächen will“, beteuert Accominotti. Erst will man sich mit der Staatengemeinschaft auf eine Alternative zum Dollar einigen.

Und auch danach ist der geregelte Übergang in die Post-Dollar-Ära zumindest ein sehr langfristiges Unterfangen. Denn es gibt keine echte Alternative zum Dollar. Zwar halten einige Experten die Aufwertung einer anderen Währung für denkbar, wobei wohl nur der Euro infrage käme: Seit seiner Geburt 1999 ist der Anteil der Gemeinschaftswährung an den globalen Währungsreserven von 18 auf derzeit knapp 27 Prozent gestiegen. Und in der Krise mussten viele Länder ihre Währung gegenüber dem Euro abwerten.

Das aber scheint eher ein Trick der Asiaten zu sein, die mit einer bewusst geschwächten Währung der eigenen Volkswirtschaft helfen wollen. Die dor-

tigen Währungen werden daher schon bald unter Aufwertungsdruck geraten. Zumal auch am Euro die Krise nicht spurlos vorübergeht. Gerüchte halten sich, ein Land könne aus dem Verbund ausscheren, um das Korsett des Maastrichtvertrags abzustreifen. „Der Euro wird zwar Boden gutmachen“, sagt Rees, „aber den Dollar wird er nicht ablösen als Weltreservewährung.“

Auch eine Wiederauflage des Goldstandards, also der Bindung des Geldes an das wertvolle Edelmetall, wie sie vor dem Zweiten Weltkrieg zeitweise der Regel war, wird es nicht geben. Damit ließen sich zwar die Eskapaden mancher Staaten bei schuldenfinanzierten Konjunkturpaketen eindämmen. Schon 1966 schrieb der damals noch unbekanntere Wirtschaftswissenschaftler Alan Greenspan, der später über Jahrzehnte als US-Notenbank-Chef das Weltwährungssystem prägen sollte: „Die Abschaffung des Goldstandards ermöglichte es den Verfechtern des Wohlfahrtsstaates, das Bankensystem für eine unbegrenzte Kreditexpansion zu missbrauchen.“

Aber in der heutigen Zeit, da Politiker nach konjunkturellen Wollmilchsaunen suchen, traut sich keine Regierung an eine derartige fiskalische Selbstbeschränkung heran. Zumal: „Auch der Anker Gold ist manipulierbar“, sagt Unicredit-Volkswirt Rees. „Das hat man in den 1930er-Jahren gesehen, als einige Länder das Tauschverhältnis von ihrer Währung zum Gold gedreht haben.“ Damals kam es zu einem regelrechten Währungswettlauf nach unten. Rees: „Das hat die Krise noch verschlimmert.“

Der Dollar bleibt – zum Leidwesen einiger Schwellenländer – vorerst Weltreservewährung Nummer eins. Und als hätten es die amerikanischen Geld-Designer schon immer gewusst, lautet die Inschrift auf der Eindollarmünze „E pluribus unum“. Aus vielen eins.

